



General-STA
Steinstraße 61
14776 Brandenburg a.d.H.



Beschwerde = STA Frankfurt/ Oder Az. Az. 255 JS 10819/25 , STA vom 11.04.2025,
nicht förmlich zugestellt 02.05.2025

Guten Tag!

Am 11.04.2025 belehrt STA Frankfurt/ Oder den Anzeigenerstatter Jung, binnen zwei Wochen nach Bekanntmachung Beschwerde bei dem Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg einlegen zu können, falls Anzeigenerstatter Jung es möchte ... leider wurde der Bescheid nicht förmlich zugestellt, so dass Einhaltung von Fristen und Rechtssicherheit der „Launen oder Großzügigkeit“ einer Justiz / Anwaltschaft unterworfen ist.

Eine Dienstaufsichtsbeschwerde vom 04.05.2025 hielt Anzeigenerstatter als naheliegendes Rechtsmittel für richtig und notwendig, da dem offenbar ein gegen Anzeigenerstatter gerichteter Stil zu Grunde liegt.

Zur Sache selbst kann der Anzeigenerstatter Jung sagen, dass aus seiner Sicht seit zig Jahren Gerichte STA und Behörden gemeinsam ein an sich bestehendes Recht nur deshalb anwenden, um Anzeigenerstatter Jung einen Schaden und üble Schwierigkeiten bereiten zu können, was eine Art „vernetzte Selbstläufer“ in Gang setzt, welche schlußendlich vorsätzlich produzierte Unrechtsurteile absichert, quasi in eine Rechtskraft führt bzw. führen soll, was dann nach Außen als gerecht und normal verkauft wird ... nach Aktenlagen verfolgten selbst Bearbeitung „Beschwerden“ nur das Ziel, Unrecht und Übel zu schützen, jetzt aber oft kostenpflichtig (was offenbar Stil ist) ... Anzeigenerstatter denkt, dass sich beschweren zu dürfen/ zu können, nicht mit neuer Angst vor neue Nachteile einher gehen darf, nur um ein Übel zu schützen ... im Kleinen des Lebens funktioniert es ähnlich, wenn Beschwerde/ Kritik z.B. an einem Unternehmen dann mit fremder Sprache, z.B. auf englisch, beantwortet wird in der Hoffnung oder im Wissen, der versteht es äh nicht bzw. Übersetzung läßt viel Raum.

In der nun vorliegenden Situation Verfahren Az. 26 C 88/24 Amtsgericht Fürstenwalde und damit einhergehend Anzeige Az. 255 JS 10819/25 gegen einen Beamten ff., findet aus Sicht Anzeigenerstatter Jung, das Übel seinen aktuellen Höhepunkt.

Anzeigenerstatter Jung fügt dem Schreiben Schriftstücke ein, dass Selbsterklärend den Gegenstand gegen Beschluss STA vom 11.04.2025 bildet, natürlich nur ein Teil vom Ganzen darstellen.

Wenn Fragen, dann bitte schriftlich stellen, Anzeigenerstatter antwortet schriftlich.

O.U., 07.05.2025

Mit freundlichen Grüßen Jung / Anzeigenerstatter

Anlage :

1ansta25maerz25, 2ansta15april25abgz, 3vonsta11april2025, 4anagfuewa17maerz24bef, 5anagfuewa13april24, 6anagfuewa15april24, 7anag29april2024, 7anag08sep24, 8anag08sep24, 9vonag10okt24, 10anag13okt24abg, 11vonag23okt24, 12anag11nov24dab, 13anag24maerz25, 14vonag25maerz25beri, 15zur_Vorlage_gericht22jan25

Marginal:

>am 05.05.2025 veröffentlichte ehemalige Chef des Verfassungsschutz eine Spezialdisziplin des Verfassungsschutzes wie folgt:

„ "Zersetzung" ist eine aktive Maßnahme von Geheimdiensten, die das Ziel verfolgt, durch Informationssammlung über die Zielpersonen und Zielorganisationen, die Verbreitung wahrer und unwahrer Informationen über sie, die öffentliche Diffamierung und durch das an den „Pranger stellen“ diese Zielpersonen auszugrenzen und damit politisch zu neutralisieren und sie dann wirtschaftlich, gesellschaftlich und psychisch regelrecht fertigzumachen. (HG Maaßen im April 2025 bei @AlexWallasch)" " ... Herr Maaßen mag ja umstritten sein, aber in diesem Pkt. dürften sich dem alle aktuellen oder ehemalige Geheimdienst-Chefs anschliessen, z.B. viel wurde öffentlich über MfS & Gestapo berichtet.

Ich fühlte mich als Zielperson unheimlich angesprochen und meine Situation sehr genau beschrieben/ wiedergegeben, wobei der Begriff „Geheimdienst“ ja die Arbeitsweise aller Geheimdienste jüngster und ferner Vergangenheit beschreibt, egal ob aktiv oder aufgelöst oder sich namentlich anders nennt ff. =!

Ein Bildbeispiel ... im Zusammenhang Jahrzehnt Konten-Pfändungen (letzte Klage Az. VG 3 K 473/23) wegen angeblich nicht gezahlter GEZ - Gebühr, wo Beweise Befreiung und zur Wohnungsgebühr gehörend und zudem (der Zeit voraus) Verträge Vodafone Amazon zeitweise Maxdome am Unrecht nichts änderten, wenn sich Verwaltungs- Gerichte (auch im Zusammenwirken mit jetzt relevante Amtsgericht z.B. AR Herr Schlenker) von der heutigen Zeit & von Beweise usw. nicht mehr beeindruckt lassen, dann naheliegt, dass dafür Wohnung & Mensch & Haustier & Briefkasten ein heimliches "Operationsgebiet" ist, aus dem sich zudem neue Operationsgebiete heimlich ergeben, sogar vor Gericht keinen halt machen ... zudem, wenn gegen Zielperson Geheimdienst-Sprüche „Papier ist geduldig!“ und „Mensch mit Papier zumüllen und „Lähmung/ Unlust/ Ohnmacht“ auslösen!“ heimtückisch gilt, dann machen sich Fragen anderer Natur auf ... im Grunde verdeutlicht sich eine regelrecht Paranoia-Eigendynamik =!

Rechtsmittel wie Anzeigen Beschwerden Befangenheitsanträge Eingaben Petitionen usw. sind für angesprochene Behörden/ Verwaltungen ein Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstand ... dies darf aber nicht dazu führen, dass Anzeigenerstatter Beschwerdeführer usw. plötzlich zum Arbeitsgegenstand und Arbeitsmittel eines Geheimdienstes wird =!wenn Behörde Verwaltung etwas nicht verstehen, hätte Behörde/ Verwaltung ja vernünftig fragen oder nach Ablauf einer „Ruhefrist“ das Unverständene in Papierkorb werfen können =!<

Jung, 07.05.2025